Abendausgabe

Nr. 318 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 159

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Preis 500 Mark

Dienstag
10. Juli 1923

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Watter und die Reichswehr.

Kompromitierende Dokumente.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages in dem Beleidigungsprozeß Watter gegen „Vorwärts" wird zunächst als Zeuge der Abgeordnete Klupsch aus Dortmund noch über die Sitzung der Arbeitervertreter bei General v. Watter extra vernommen. Er sagt aus: Man war bei uns gleich nach Ausbruch des Kapp-Putsches der Auffassung, daß die militärische Leitung nicht zuverlässig sei. Deshalb versuchte man eine Erklärung zu bekommen für die Regierung Ebert-Bauer. Der General erklärte aber nur, er stehe auf dem „Boden von Ruhe und Ordnung". Es sollte aber eine Erklärung sein, die uns überzeugte, daß er tatsächlich hinter der verfassungsmäßigen Regierung Ebert-Bauer stehe, damit wir mit dieser Erklärung vor den Mitgliedern operieren konnten. Da uns diese Erklärung fehlte, konnten wir in der Folgezeit uns auch nicht durchsetzen. Wir konnten auch den Einmarsch der Truppen ins Ruhrgebiet nicht verteidigen, zumal er auch mit schwarzweißroten Fähnchen stattfand. In keinem Stadium der Besprechung war jedoch — so führte der Zeuge auf den Einwand des Vorsitzenden aus — von einem Ultimatum die Rede. Alle Redner haben den General gebeten, von Bedingungen, die gestellt wurden, kann gar keine Rede sein. Der Aufruf, den der General erlassen und auf den er hinwies, war ungenügend gehalten. Auch in weiten Kreisen des Bürgertums hatte man den Eindruck, daß die

Erklärung des Generals ungenügend und zweideutig sei.

Dann kommt die Karlsruher Versammlung zur Besprechung, in der General v. Watter einen Vortrag über seine Erfahrungen im Ruhrgebiet gehalten hat. Dazu wird zuerst eine protokollarische Vernehmung eines Oberstleutnants v. Unruh verlesen, in der gesagt ist, daß es sich um keine geheime Sitzung gehandelt habe, und daß auch badische Staatsbeamte an ihr teilgenommen hätten. Der Zeuge ist mit dem Privatkläger von München nach Karlsruhe gefahren. Watter habe in der Versammlung nicht zur Bildung von verbotenen Organisationen aufgefordert.

Dann folgte die Vernehmung des Polizeiobersten im badischen Staatsministerium, Blankenhorn. Der Zeuge schildert, daß er auf Einladung eines Kaufmannes Wagner aus Karlsruhe an der Versammlung, zu der ihm eine Einladungskarte geschickt worden sei, teilgenommen habe. Er selbst sei hingegangen, um für seine Polizeigruppe nach Möglichkeit etwas Neues zu erfahren. An der Besprechung hätten Herren teilgenommen, die offenbar verschiedenen Parteien angehörten, die ihm aber persönlich nicht bekannt waren. Watter habe zunächst über die Organisation der Roten Armee gesprochen und erklärt, zur Bekämpfung dieser roten Bataillone müßten die staatserhaltenden Elemente zusammenhalten. — Vors.: Hat General Watter zur Bildung von Organisationen direkt aufgefordert? — Zeuge: Nein, er hat sich eben nur dahin geäußert, daß

für einen Linksputsch alles bewaffnet zusammenhalten

müßte. — Vors.: Hat der General die Sache so dargestellt, daß man eventuell über den Kopf der Behörden hinweg handeln sollte? — Zeuge: Ganz im Gegenteil. Wenn etwas derartiges Gesetzwidriges vorgekommen wäre, würde ich sofort meinen Minister davon benachrichtigt haben. — Vors.: Die badische Regierung soll dann aber erklärt haben, sie hätte die Versammlung verboten, wenn sie über den Charakter der Zusammenkunft informiert gewesen wäre. — Zeuge: Mein Vorgesetzter, Minister Remmele, bestellte mich am nächsten Morgen zu sich und erklärte mir, daß solche Versammlungen politisch gefährlich seien, und verbot mir energisch, an ähnlichen Veranstaltungen wieder teilzunehmen.

R.-A. Dr. Horowitz: Hat General v. Watter in seinem Vortrag nicht ausdrücklich daß

das Bürgertum sich organisieren müßte,

da die Regierung zur Abwehr von Linksputschen viel zu schwach sei?" Zeuge: „Dieser Worte entsinne ich mich." R.-A. Dr. Horowitz: „Es soll doch dieselbe der Ausdruck gefallen sein: „Mit Geld bekommt man Kanonen, Flugzeuge und Flinten, kurzum alles. Mag es nun vom Himmel oder aus der Hölle kommen." Zeuge: „Dem Sinne nach sagte er wohl, daß Waffen da wären, wenn es zum Kampf käme."

Dann folgte die Vernehmung des Polizeiinspektors Becker aus Karlsruhe. Vors.: „Von wem haben Sie Nachricht von der Versammlung im Restaurant „Tiergarten" erhalten?" Zeuge: „Minister Remmele kam noch am selben Abend zu mir und sagte, daß der uns unliebsam bekannte Herr Wagner eine Geheimversammlung abgehalten habe, man müsse eine

Abwehrorganisation gründen und Baden in drei große Bezirke gliedern.

Tatsächlich hat die Orgesch dann später die von Wagner vorgeschlagene Gliederung vorgenommen und man kann annehmen, daß die Verbreitung der Orgesch in Baden ihren Ursprung in der Versammlung gehabt hat, in der General v. Watter damals sprach. **Eingeladen waren nur die Parteien bis zur deutschdemokratischen Partei,** Herren vom Stadtschutz, von der Orgesch aus Bayern usw." Vors.: „Waren auch linksgerichtete Parteien eingeladen?" Zeuge: „Nein." Vors.: „Hat Herr Wagner später bei seiner Vernehmung zugegeben, daß er zur Bildung von Geheimorganisationen aufgefordert hat?" Zeuge: „Das hat er bestritten. Gegen Herrn Wagner schwebten noch zwei andere Verfahren wegen Geheimbündelei beim Reichsgericht, die aber resultatlos eingestellt worden sind." R.-A. Dr. Horowitz: „Hatten Sie nicht den Auftrag, General v. Watter zu verhaften?" Zeuge: „Jawohl. Ich ging morgens um 6 Uhr nach dem Hotel, wo der General wohnte, um ihn festzunehmen, da wir vor 6 Uhr nicht in die Häuser eindringen durften. Der General hatte aber bereits um ¾6 Uhr das Haus mit dem Auto verlassen und war nach München abgefahren."

Die Verhandlung wandte sich dann zum Schluß der Beweisaufnahme noch einmal der Teilnahme des Generals Watter an verschiedenen

Sitzungen von rechtsgerichteten Organisationen

zu. R.-A. Dr. Horowitz führte hierzu folgendes aus: Auf meine gestrigen Fragen hat Herr General v. Watter sich nicht geäußert. Ich möchte, um mir noch gewisse Anträge vorzubehalten, den General ersuchen, zu zwei Schriftstücken Stellung zu nehmen, die folgenden Wortlaut haben. Es handelt sich einmal um ein

Protokoll über eine Sitzung vom 2. November 1922 und um einen Brief des Obersten v. Stolzenberg an General v. Watter. R.-A. Dr. Peschke: Wir möchten zunächst feststellen, woher Sie diese Schriftstücke haben. R.-A. Dr. Horowitz: Infolge meiner Amtverschwiegenheit kann ich darüber keine Auskunft geben. Das Protokoll lautet:

Protokoll der Sitzung vom 2. November 1922.

Eröffnung durch Ledebour. Namensfeststellung der Anwesenden. Den Vorsitz übernimmt Morgen. Spricht einleitende Worte über eine notwendige Einigung und gibt bekannt, daß in einer stattgefundenen Sitzung zwischen Schulenburg und Watter eine Art Arbeitsgemeinschaft beschlossen sei. Watter begründet seine bisherige Tätigkeit mit den Worten des Kanzlers vom rechtsstehenden Feinde und der innerpolitischen Lage. Mit der Reichswehr wolle er wohl zusammenarbeiten, aber keine organische Bindungsfragen, da Reichswehr zu sehr politisch gefesselt sei. Morgen weist noch einmal auf Vorteil der Zusammenarbeit mit Reichswehr hin. Schulenburg ergänzt die Worte von Watter mit Bezug auf die notwendige Einigkeit und teilt mit, daß die Führung in Hamburg vorläufig Ledebour habe. Watter stellt richtig, daß Ledebour nur Vermittler sein soll, macht in bezug auf seine Führereigenschaft Ausführungen, die den Anschein haben, als ob ihm an der Klärung der Führerfrage nicht sonderlich viel liege. **Stolzenberg betont grundsätzlichen Meinungsunterschied zwischen v. Watter und Schulenburg in bezug auf unsere Stellung zur Reichswehr.** Schulenburg gibt Auskunft, daß nur im äußersten Falle Bindung mit Reichswehr bestehe und bei inneren Unruhen er völlige Freiheit besitze. Watter schildert Einzelfälle aus Greifswald, wo vollkommene Bindung und Unterstellung der Schulenburgleute mit Reichswehr bestände. Ein Prof. W. aus Greifswald ergänzt dieselben. Enneccerus gibt Nachricht von der Sitzung vom 5. Oktober und erklärt, daß seiner Meinung nach Widersprüche der damaligen Erklärung von Brederlow und den heutigen von Schulenburg beständen. Schulenburg gibt nochmalige gleichlautende Erklärungen, wie oben auch. Vering ergänzt dieselben und weist nach, daß Widersprüche nicht beständen. Enneccerus fragt nach Verhalten Ehrhardts. Wende gibt als Bevollmächtigter die Erklärung über seine Befehle. Schulenburg teilt mit, daß

Ehrhardt mit allen seinen Verbänden hinter ihm stehe."

R.-A. Dr. Horowitz: Ich bemerke, daß Schulenburg Führer der gemäßigten sogenannten soliden Richtung ist. Der Verteidiger verlas sodann einen

Brief des Oberst Freiherrn v. Stolzenberg an v. Watter,

in dem es heißt:

„Euer Exzellenz bitte ich, im Nachstehenden kurzen Bericht geben zu dürfen über den endgültigen Verlauf unserer Besprechungen nach meiner Anwesenheit (April 1923) in München. Ich trat sofort mit General Hellfritz in Verbindung. Wir waren uns als ernste zielbewußte Männer vollkommen klar, daß dieser Zustand des Zankes und der Zersplitterung nunmehr im Hinblick auf das eine gemeinsame höchste Ziel der Erhebung des deutschen Volkes zum Kampf gegen den äußeren Feind restlos begraben werden müßte. General Hellfritz ist der Mann, der seine Kraft einsetzt und einsetzen wird, um in gemeinsamer Arbeit mit der Reichswehr das oben angeführte Ziel zu erreichen. Ohne diese

gemeinsame Arbeit mit der Reichswehr,

darüber herrschen nirgends Zweifel, ist dieses Ziel nie zu erreichen. Für die Provinz Schleswig-Holstein, Hamburg usw. ist er die berufene Persönlichkeit, mit der das Reichswehrkommando Stettin allein rechnet und arbeitet. Nebenströmungen können selbstverständlich nicht geduldet werden. Die Vorarbeiten, davon habe ich mich persönlich überzeugt, sind in vollem Gange nach Art der Tätigkeit unserer früheren Bezirkskommandos, Einteilung in Gaue und Gauleiter. Diese Grundlage, welche hier durch eine gemeinsame Arbeit aller vaterländischen Verbände der Provinz mit General Hellfritz an der Spitze und der Reichswehr jetzt gegeben ist, wird eine Basis werden, auf der weitergebaut werden kann. **Alle Verbände (Ehrhard, Ballikum, Stahlhelm, Oberland)** in unserer Provinz haben sich General Hellfritz unbedingt zur Verfügung gestellt. Das gleiche hat auch der Niederdeutsche Heimatbund am 6. April getan. Die Schlußsitzung, bei welcher General Hellfritz zugegen war, am 6. April 1923 ergab dann in Gegenwart von zwei Offizieren als Vertretern der Reichswehr die unbedingte Unterstellung des Niederdeutschen Heimatbundes unter General Hellfritz, den alleinigen Beauftragten der Reichswehr, für Zwecke militärischer Verwendung in Fällen innerer und außenpolitischer Lage. **Die Finanzierung des Niederdeutschen Heimatbundes geschieht weiter nach Anweisung des Provinzialleiters.** Die einzige Sorge, daß die Reichswehr bei einem lediglich inneren Konflikt nach links rutschen könnte, besteht für mich nicht, da in diesem ganz unwahrscheinlichen Falle **General Hellfritz wie alle vaterländischen Verbände** nicht nur mitmachen würden, sondern, **wenn erfolgreich, gegen die Reichswehr mit der Waffe vorgehen würden.**

Mit treudeutschem Gruße
Oberst Freiherr v. Stolzenberg.

Randbemerkung des Generals Hellfritz: 1. An Oberst Freiherr v. Stolzenberg Dank; mit Interesse gelesen. Schlußsatz: beanstandet; bitte Exzellenz v. W. zur **Vernichtung des Schreibens zu veranlassen.** Ab 10. April 1923. 2. Nicht von mir geäußert. Hellfritz.

General Watter gab hierzu folgende Erklärung ab: Für die Sache selbst sind diese Dokumente ohne Belang, denn ich bin jetzt nach drei Jahren ein freier Mann und ich spreche mir das Recht zu, mir wie viele andere, Sorge um das Vaterland zu machen. Ich bin stolz darauf, Herrn v. Stolzenberg zu kennen, der ein aufrechter Mann und tapferer Offizier ist. Ich gehöre jedoch keinem dieser Verbände an und bin nur nach Hamburg berufen worden, um klärend dort auf verschiedene Kreise einzuwirken. R.-A. Dr. Horwitz beantragte, **die in den Dokumenten genannten Personen, auch General Ludendorff, sämtlich als Zeugen zu laden.**

Ein geschichtlicher Wendepunkt.

Die Einigung, die gestern im Reichsarbeitsministerium zwischen den Vertretern der Metallindustriellen und den Metallarbeitern zustande gekommen ist, bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Lohnkämpfe. Wenn wir es genau betrachten, dann bedeutet es die Rückkehr zu den Lohnkämpfen der Friedensperiode. Damit ist nun freilich keineswegs gesagt, daß auch die Friedensreallöhne erreicht wären. Bezüglich der Friedensreallöhne schrieb sogar die „Rote Fahne" in ihrem Leitartikel vom 14. Juni sehr treffend:

> **Gegenwärtig wird aber in Deutschland nicht einmal so viel produziert, als der Friedensbedarf der Bevölkerung ausmacht, geschweige denn, daß Ueberproduktion hergestellt wird, das zur Zahlung der Reparationen notwendig ist. Will unter solchen Umständen der Kapitalismus bestehen und Gewinne machen, dann muß er den Lohn der Arbeiter ständig nach unten drücken. Der deutsche Arbeiter wird also gezwungen, zu arbeiten erst für die Kriegsreparationen, dann für die Ernährung einer breiten Parasitenschicht und für einen hohen Unternehmergewinn, was übrig bleibt, ist für seinen eigenen Bedarf.**

So das kommunistische Blatt, das freilich inzwischen das als Forderung aufgestellt, was es selbst als unmöglich erklärt hat.

Es ist natürlich sehr leicht, Forderungen aufzustellen, von denen man selbst überzeugt ist, daß deren Erfüllung im Augenblick unmöglich ist, und dann die verantwortlichen Leiter der Arbeiterorganisationen, denen es nicht gelungen ist, diese unmögliche Forderung auch durchzusetzen, als „Verräter" zu denunzieren. Es ist leicht, leichtfertig und gewissenlos.

Die Kommunisten wissen ganz genau, daß ihr sogenannter Friedensreallohn, selbst wenn ihn die Unternehmer heute zugestehen würden, morgen sich in blauen Dunst aufgelöst haben würde; denn bei unserer rasenden Geldentwertung sind auch die höchsten Papiermarklöhne, die uns heute fabelhaft erscheinen — und wer hätte vor drei Monaten ernsthaft von einem Stundenlohn von 10 000 M. gesprochen — in wenigen Tagen oder Wochen nicht ausreichend für trockene Kartoffeln.

Die Unternehmer wissen das. Sie haben sich bisher ganz energisch gegen die Wertbeständigkeit der Löhne gewehrt. Sie werden ganz sicher lieber die famosen „Friedensreallöhne" der Kommunisten schlucken, als die Wertbeständigkeit der vereinbarten Lohnes garantieren. Sie haben während der letzten Jahre ihre ganze Produktionspolitik auf die Markentwertung eingestellt und dadurch unsere gesamte Wirtschaft heruntergebracht. Hand in Hand mit dem ungeheuren Lohnbetrug, der tagtäglich an der Arbeiterschaft verübt worden ist, geht ein Steuerbetrug von nicht geringerem Ausmaße. Da die bürgerlichen Parteien, die die Mehrheit im Reichstag haben, alle Anträge unserer Genossen abgelehnt haben, da durch die himmelschreiende Schuldenwirtschaft des Reiches die Mark immer mehr in Verfall geraten muß, bleibt der Arbeiterschaft zunächst nur ein Weg, um die Gesundung unserer Wirtschaft und unserer Finanzen herbeizuführen: die Unternehmer zu zwingen, die Spekulation auf die Entwertung der Löhne einzustellen durch Vereinbarung wertbeständiger Löhne.

Man kann dagegen einwenden, daß ein derartiger Gesundungsprozeß im Interesse der Kapitalisten und der kapitalistischen Produktion selbst liegt. Daß unsere Wirtschaft bereits auf einen Stand heruntergebracht ist, wo sie trotz Markentwertung, Steuerfreiheit und Hungerlöhnen unmittelbar den Zeitpunkt vor Augen sieht, wo sie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sein wird. Die Leistungsfähigkeit unserer Arbeiterschaft und unserer Produktion ist durch das bisherige Spekulationssystem aufs schwerste gefährdet. Wenn hier nicht eine Umkehr eintritt — und es ist wirklich keine Zeit zu verlieren —, dann haben wir mit einem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu rechnen, dessen Folgen sich gar nicht ausdenken lassen.

Da es die Arbeiterschaft ist, die unter den Folgen eines derartigen Zusammenbruchs am schwersten zu leiden hat — und wir haben dies besonders in Rußland gesehen —, so hat auch die Arbeiterschaft ein Lebensinteresse daran, daß wir wieder zu gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen kommen. Sie hat ein Lebensinteresse daran, daß sowohl dem Lohnbetrug wie dem Steuerbetrug ein Ende gemacht wird. Dem Steuerbetrug ein Ende zu machen, alle Steuern, nicht nur die Steuern der Arbeiterschaft, die auf den Verbrauchermassen lastenden Zölle und die Umsatzsteuer wertbeständig zu machen, dazu wird der Staat in dem Augenblick gezwungen sein, in dem er auch seinen Beamten, Angestellten und Arbeitern wertbeständige Löhne zahlen muß. Hier liegt die große geschichtliche Bedeutung des Ergebnisses des Berliner Metallarbeiterstreiks

Die „Rote Fahne", die heute morgen eine zweite Ausgabe drucken ließ, um den Funktionären der Berliner Metallarbeiter die Moskauer Marschroute zu diktieren, unterschlägt ausdrücklich und bewußt gerade den Kern der gestern getroffenen Vereinbarung. Sie operiert mit Nullen und hofft dadurch die Berliner Metallarbeiter wieder in das Nichts der Lohnkämpfe um Nullen zurückzujagen. Es ist wohl beispiellos in der Geschichte der Arbeiterbewegung, daß ein Blatt, das sich selbst Arbeiterblatt nennt, in einer derartigen Weise in einen Lohnkampf einzugreifen und den kämpfenden Arbeitern den Willen von einer Handvoll Leute zu diktieren versucht, die weit ab vom Schuß im Auslande sitzen. Die Kommunistische

Partei macht jetzt den offenen Versuch, den Gewerkschaften ihre Diktatur aufzuzwingen. Das wäre nur möglich, wenn die Berliner Metallarbeiter sich selbst aufgeben.

Um diese Diktatur errichten zu können, unterschlägt die „Rote Fahne" nicht allein das Kernstück dieser Vereinbarung, sie verschweigt auch wissentlich, daß die für die erste und zweite Juliwoche vereinbarten Löhne in der Metallindustrie Deutschlands Spitzenlöhne darstellen. Diese Löhne gehen übrigens wesentlich über den letzten Schiedsspruch hinaus. Es kommt aber nicht so sehr darauf an, welche Löhne für die vergangene und für die laufende Woche festgesetzt worden sind, es kommt vor allen Dingen auf die grundsätzliche Anerkennung an, daß die Löhne den Lebenshaltungskosten anzupassen sind, und daß diese Lebenshaltungskosten durch eine aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzte paritätische Kommission allwöchentlich ermittelt werden. Durch zweifache Lohnzahlung in der Woche, durch die Vereinbarung von Vorauszahlungen sind außerdem die Metallarbeiter davor geschützt, daß die ermittelten Löhne durch die Teuerung wieder entwertet werden.

Damit hat der Kampf um die wertbeständigen Löhne eine entscheidende Wendung genommen.

Die Kommunisten haben bisher mit allen Mitteln der Verdrehung und der Verleumdung versucht, diesen Kampf um die wertbeständigen Löhne zu erschweren. Nun, da die Arbeiterschaft in diesem Kampfe den ersten großen Erfolg davongetragen hat, versuchen die Kommunisten ihr diesen Erfolg wieder zu entreißen. Sie erweisen sich damit wieder einmal als die Steigbügelhalter der schlimmsten wirtschaftlichen und politischen Reaktion. Sie wollen die Arbeiterschaft in die Selbstzerfleischung hineintreiben. Diese Selbstzerfleischung hat der Arbeiterschaft bisher unermeßlichen Schaden zugefügt.

Die Vereinbarung von gestern gibt der Arbeiterschaft wieder einen festen Boden; sie gibt ihr die Garantie, daß sie das, was sie heute errungen hat, auch morgen nachbesitzen wird. Sie gibt ihr damit die Möglichkeit, morgen um höhere Reallöhne statt um entwertete Nullen zu kämpfen. Diesen festen Boden, den sich die Arbeiterschaft erkämpft hat, wollen ihr die Kommunisten unter den Füßen wegziehen. Sie wollen sie in den Abgrund der Markentwertung hineinstürzen. Sie wollen über eine an sich selbst und an der Zukunft verzweifelnde Arbeiterschaft die Diktatur aufrichten.

Gewiß sind auch wir weit davon entfernt, die gestern getroffene Vereinbarung als befriedigend anzusehen. Wir sind aber auch überzeugt, daß die Unternehmer noch viel weniger mit dieser Vereinbarung zufrieden sein werden. Die Unternehmer werden es vor allen Dingen deshalb nicht sein, weil diese Vereinbarung, die höhere Löhne als die des letzten Schiedsspruches vorsieht, für die Zukunft den Unternehmern unmöglich macht, das System des Lohnbetruges fortzusetzen. Und daß wir endlich wieder zu ehrlichen Löhnen und zu einer ehrlichen Wirtschaft kommen, darin liegt die große Tragweite der Vereinbarung in der Berliner Metallindustrie.

Kommunistischer Bauernfang.

Die neueste Parole der kommunistischen Internationale: Arbeiter- und Bauernregierung, die in der soeben abgeschlossenen Sitzung der erweiterten Exekutive in Moskau als funkelnagelneue Weisheit angenommen wurde, wird immer weiter ausgebaut. Völlig befangen in den Vorstellungen der russischen Politik, die die Sowjetregierung, nach dem völligen Bankerott ihrer kommunistischen Experimente, zwingt, einen neuen Kapitalismus groß zu züchten und der Bauernschaft immer mehr Konzessionen zu machen, versucht die Leitung der Kommunistischen Internationale, den angeschlossenen westeuropäischen Parteien eine ähnliche Taktik aufzuoktroyieren. Der durch die ökonomische Rückständigkeit Rußlands bedingte Rückzug vor dem Kapitalismus in Stadt und Land wird auf diese Weise den westeuropäischen Proletariern in einen Vormarsch gegen die Mächte des Kapitalismus umgelogen.

Ebenso wie mit der Bauernfrage verhält es sich mit der nationalen Frage. Um an der Macht zu bleiben, hat die Sowjetregierung dem großrussischen Nationalismus immer mehr Konzessionen gemacht. Der russische Kommunismus ist nationalistisch geworden und wirbt um die Sympathie der bürgerlich-nationalistischen Kreise in viel stärkerem Maße als um die des Proletariats. Dasselbe Rezept wendet er nun, im Rahmen der Kommunistischen Internationale, auch in den westeuropäischen Ländern an. Das ist der Sinn des Liebeswerbens Radeks und Konsorten um die Sympathien der deutschvölkischen Aktivisten.

In einem zusammenfassenden Artikel über die Ergebnisse der Sitzung der Moskauer Exekutive schreibt die „Rote Fahne", daß die Stellungnahme zu der nationalen Frage und zu der Bauernfrage von größter Bedeutung für die deutsche Sektion sei, die — historisch gesprochen — „morgen vor der Uebernahme der Macht steht". Die bisherige Politik der deutschen Kommunisten wird allerdings in Grund und Boden verdammt. Die deutsche Partei habe zwar eine richtige Haltung in der Ruhrfrage eingenommen und das nationale Problem richtig gestellt.

„Es habe ihr aber der Mut und die Kraft gefehlt, die gewonnene theoretische Erkenntnis in einer entschieden geführten Kampagne anzuwenden. Wenn es in dieser Beziehung jetzt auch viel besser geworden ist, so dürfen wir doch nicht verkennen, daß in einer schwierigen, für die revolutionäre Entwicklung, für die revolutionäre Entwicklung günstigen Situation kostbare Monate unvollkommen ausgenutzt worden sind."

Noch viel größer seien die praktischen Versäumnisse der deutschen Partei in der Bauernfrage. Hier verlangt nun die Exekutive neue Methoden der Arbeit unter der Landbevölkerung, um die „Millionen Kleinbauern" dem Einfluß der Großbauern und der reaktionären Parteien zu entreißen. Im Einklang mit dieser Forderung stellt Radek, der heute in der „Roten Fahne" sein Liebeswerben um die Deutschvölkischen fortsetzt, die Parole einer Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland auf. Eine solche Regierung ist, nach Auffassung des „großen" Theoretikers der Kommunisten, „an der Weiterführung der privatwirtschaftlichen Spekulation" nicht interessiert und bietet deshalb eine Gewähr für die Lösung aller wirtschaftspolitischen Probleme im Interesse der arbeitenden und ausgebeuteten Schichten. Die bäuerlichen Produzenten, die das Wettrennen um Ueberweltmarktpreise lustig mitmachen, und die Auswucherung der städtischen Bevölkerung fördern, werden recht erstaunt sein über die „idealistische" Auffassung, die Radek über sie hat.

Wir glauben jedoch nicht, daß diese Auffassung ehrlich ist. Klappern gehört zum Handwerk, nur darum wirft Radek als Propagandachef der größten Schwindelfirma, die es je in der Welt gab, mit Behauptungen um sich, an die er selber nicht glaubt. Morgen, wenn diese neueste Seifenblase zerplatzt sein wird, wird die Moskauer Exekutive die deutschen Kommunisten wegen ihrer Bauernpolitik genau so abkanzeln, wie jetzt die bulgarische Partei, die in weit günstigeren Verhältnissen politisch und wirtschaftlich vollkommen versagt hat.

Doch was morgen geschehen wird, geht die kommunistischen Konjunkturpolitiker nicht im geringsten an. Heute brauchen sie die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung", um in den Reihen der Arbeiterschaft neue Illusionen zu wecken, neuen Wirrwarr zu stiften. Gestern — begeisterte Reden für Schlageter, den „mutigen Soldaten der Konterrevolution", heute — Arbeiter- und Bauernregierung in Mecklenburg-Strelitz, von wo anscheinend die deutsche Sowjetrepublik ihren Ausgang nehmen wird. Wie's trifft! Im kommunistischen Warenhaus wird für alle Bedürfnisse gesorgt.

Wo sitzt Hiller? Vor einigen Tagen ging die amtliche Nachricht durch die Presse, daß der Soldatenschinder Hiller seit dem 2. d. M. seine Strafe verbüße. In der amtlichen Verlautbarung fehlte leider jede Angabe über den Ort, an dem sich Hiller befindet. Es wäre für die Oeffentlichkeit nicht ohne Interesse, dies zu erfahren. Vielleicht äußert sich das Justizministerium auch zu dieser Frage?

Vorbereitung der Baldwin-Erklärung.

London, 10. Juli. (Reuter.) Die Erklärungen Baldwins und Curzons über die Reparationsfrage sind deshalb bis Donnerstag verschoben worden, weil die Erklärung über die britische Politik die sorgfältigste Vorbereitung erfordert im Hinblick auf die weitreichenden Folgen, die sie sicherlich haben wird. Die Erklärung wird dem Kabinett zur sorgfältigen Prüfung vorgelegt werden, bevor sie im Parlament abgegeben wird. Eine weitere Unterredung zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter ist nicht verabredet worden. Man hat allgemein das Gefühl, daß das Ende der gegenwärtigen Phase der Besprechungen über die französische Haltung zur Besetzung des Ruhrgebiets jetzt erreicht ist.

Paris, 10. Juli. (TU.) Der Londoner Korrespondent des „Temps" streitet sehr energisch ab, daß die englische Regierung sich zu einem Sondervorgehen entschließen werde. Nichts läge dem englischen Kabinett ferner. Die Regierung Baldwin habe die Eintreibung der Reparationen im Auge und verfolge ihr Ziel weit aufrichtiger und energischer als seinerzeit das Ministerium Lloyd George; ihre Entwürfe sähen eine lange Reihe von Jahreszahlungen vor. Deutschland täusche sich, wenn es von englischer Seite eine freundschaftliche Vermittlung erwarte.

London, 10. Juli. (WTB.). Man nimmt an, daß Baldwin im Unterhause und Lord Curzon im Oberhause gleichzeitig Erklärungen über die Haltung Großbritanniens abgeben werden. — Dem Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardin" zufolge ist die französische Regierung benachrichtigt worden, daß die britische Regierung selbständige Schritte tun müsse, wenn Frankreich nicht ohne weiteren Verzug auf den britischen Fragebogen antworte. Die Gründe für diesen Beschluß seien erstens die

verzweifelte Lage in Deutschland und die Notwendigkeit einer schleunigen Aktion

und zweitens die Auffassung der britischen Regierung, daß die deutsche Note vom 7. Juli ein ehrliches Angebot darstelle, das ohne weiteren Verzug beantwortet und zur Grundlage von Verhandlungen gemacht werden sollte. In diplomatischen Kreisen werde erwartet, daß die Regierung, wenn Frankreich nicht in letzter Stunde seine Auffassung ändern sollte, etwa folgendermaßen vorgehen werde: 1. Sie werde der ganzen Welt im Hinblick auf die Regelung des ganzen Komplexes der Reparationen und der interalliierten Schulden usw. Erklärungen abgeben, sie werden den Wortlaut des britischen Fragebogens veröffentlichen zum Beweise, daß die britische Regierung alles in ihrer Macht Liegende getan habe, und sie werde endlich erklären, infolge Ausbleibens einer französischen Antwort auf die vorgelegten Fragen habe die Regierung

keinen anderen Ausweg als ein gesonderles Vorgehen, um Deutschland vor der Katastrophe zu retten, in die die französische Politik es treibe.

Die britische Regierung werde die Initiative ergreifen zur Einberufung einer Konferenz Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, Italiens, der Neutralen und derjenigen Verbündeten, die zur Teilnahme bereit seien, um auf dieser Konferenz eine Verständigung mit Deutschland über die Entschädigungen usw. zu erreichen. Selbstverständlich werde Deutschland auf dieser Konferenz ebenfalls vertreten sein.

Paris, 10. Juli. (EE.). Der „Petit Parisien" schreibt die französische Regierung sei entschlossen, seine Aktion im Ruhrgebiet einem guten Ende zuzuführen. Auf dem Quai d' Orsay wurde übrigens gestern erklärt, man hoffe trotz allem immer noch mit England zu einem guten Einvernehmen zu gelangen.

Die Haltung Frankreichs.

Paris, 10. Juli. (WTB.) Ueber die Lage veröffentlicht „Petit Parisien" eine unzweifelhaft von amtlicher Stelle ausgehende Erklärung folgenden Wortlautes:

Das britische Kabinett hat gestern über den Verlauf der englisch-französischen Verhandlungen in der Ruhr- und Reparationsfrage beraten. Welches auch immer die Entscheidungen sind, die es getroffen hat, wenn überhaupt solche getroffen würden, die Lage kann sich trotzdem nicht sofort ändern. Nach dem, was man über die Absichten Englands weiß, ist das Kabinett Baldwin entschlossen, eine brüske Frontänderung auf alle Fälle zu vermeiden. Wenn es in der englischen Politik eine Aenderung im Sinne ge-

---

Ein Zukunftsland.

Von Heinrich Minden, Dresden.

Sibirien. Aus Wolken ballt sich das Wort. Durchdröhnt vom Donner vergangener Schrecken, durchzuckt von hellen Blitzen eines neuen Tags.

Halb Erinnerung: Gebilde aus Folterbegriffen, von denen der Menschengeist sich so wenig loszureißen vermag, wie der angeschmiedete Sträfling von schmutziggrauen Zuchthauswänden.

Halb Verheißung: Ein Reich, das Lösungen, Erlösungen verbürgt. Aehren und Ernte, Acker, Wald und Schacht und Fluß. Und Ueberfluß.

— — — — — — — — — — — — — — — —

Unterwegs nach der Stätte seiner Verbannung, erkundigte sich Dostojewski in Tobolsk über seine zukünftigen Vorgesetzten. Man schilderte ihm — mit Recht — besonders den Platzmajor Kriwzow als ein niedrig denkendes Wesen, einen kleinlichen Barbaren und Trunkenbold. Und durch des Dichters spätere Aufzeichnungen „Aus dem Totenhause" schreitet der schädliche Gewalthaber in all seiner Gehässigkeit. Aber vielleicht, an irgendeiner Stelle steht es geschrieben, schlummerte selbst in dem ewig besoffenen, unsinnigen und liederlichen Menschen noch ein besseres Empfinden.

Selten beachtet jemand diesen Zwischensatz. Die meisten Leser haften und tasten bloß nach Abscheulichkeiten, verallgemeinern grausame Quällust, stempeln Kriwzow, den Peiniger, zum Sinnbild Sibiriens. — — —

Doch der Russe wußte längst, daß nicht allein Eiswüsten und Düsternis den Osten erfüllen. Kleinbauern der verschiedensten Gaue erblickten in den weiten unbesiedelten Zonen schon vor Geraumem ein zweites Amerika. Dort winkte ihnen Grundbesitz, den sie daheim entbehrten. Scharenweise vertrauten sie sich sibirischen Strömen und Strömungen an. Das erhoffte Glück fand freilich nur eine Minderzahl. Unerfahrenheit, fehlgeschlagene Abenteuerlust oder Ausbeutertum standen im Wege. Und vor allem die Statthalter des Zaren.

Indes: Kerker und Zwangsgebote verlieren ihren Schrecken, wenn keine dienstbereiten Bajonette sie drohend stützen. Wie schildert Dostojewski doch den von Gerichts wegen entlassenen Kriwzow? — „Er trug einen abgenutzten Mantel und eine Mütze mit einer Kokarde. Haßerfüllt musterte er den Sträflingstrupp. Mit seiner ganzen Herrlichkeit war es vorüber. Ein Gewitter, ein Gott war er gewesen. Im schäbigen Ueberzieher aber wurde er plötzlich zu etwas ganz Nichtssagendem und erinnerte fast an einen Diener."

— — — — — — — — — — — — — — — —

Also erschließt ein Blick nach Sibirien dem Forscher jetzt willkommene Völkermöglichkeiten, bedeutende weltwirtschaftliche Verflechtungen. Schnellzüge zerrissen das Spinngewebe der Ueberlieferung, in den unermeßlichen Bergwerken erdröhnt der Hammer freier Arbeit. Vergleiche drängen sich auf: Unser Erdteil krampfartig leidend an Uebervölkerung — dort Gelände in Hülle und Fülle. Unsere Großstädte immer knapper versorgt mit Lebensmitteln — jene Bezirke eine Tausendmeilengelegenheit, übergenug davon zu erzeugen. Denn dem bitterkalten Winter steht ein heißer Sommer gegenüber, der reiche Ernte zu rascher Reife bringt. Und Holz ist da, Kohle und Erz und Petroleum. „Ein Zukunftsland" sagt Frithjof Nansen. Ihn überwältigte der Eindruck der endlosen Strecken, die, unausgenutzt, künftiger Bebauer harren. Es gab ihm Mut und Glauben an das Leben, aus eigener Anschauung wahrzunehmen, wieviel Raum noch die Erde birgt für Millionen Heimwesen leistungsfroher Bewohner.

— — — — — — — — — — — — — — — —

Die Erinnerungen „Aus dem Totenhause" klingen aus in den wundervollen Augenblick der Befreiung. „Die Fesseln fielen. Ich hob sie auf. Ich wollte sie noch einmal in der Hand halten, sie noch zum letztenmal sehen. Es erschien mir unfaßlich, daß sie soeben noch an meinen Füßen gewesen waren."

Wie einst Dostojewski, so hat nun Sibirien die Ketten von sich abgestreift. Neunmalweise Staatsmänner spotten darüber. Fühlen sie nicht, wie sich die abgeschüttelten Bande — enger und enger — um ihre eigenen Glieder legen?

Die neue Everest-Expedition. Der aus den Mitgliedern der Royal Geographical Society in London bestehende Prüfungsausschuß für die Mount-Everest-Besteigung hat, wie bekannt, beschlossen, im nächsten Jahre eine neue Expedition zur Eroberung des „Daches der Welt" auf den Weg zu bringen. Sie wird Anfang des Jahres 1924 aufbrechen, und die Dispositionen sind so getroffen, daß der Aufstieg Anfang Mai in Angriff genommen werden kann, d. h. vor dem Beginn der Regenzeit, die den Sommermonsun bringt, einen Regen, der auf jenen Höhen in Gestalt von Schnee niederfällt und in Begleitung von Orkanen auftritt, die jeder menschlichen Widerstandskraft spotten. Der Kampf um den höchsten Gipfel der Erde wird ungleich leidenschaftlicher geführt werden als die bisherigen Versuche. Finch und Mallory, die sich bei dem letzten Versuch in hervorragender Weise ausgezeichnet haben, werden auch diesmal die Führung übernehmen. Zurzeit verhandelt die englische Regierung mit dem Dalai Lama über die Festsetzung der Reiseroute, die zu dem eigentlichen Aufstieggelände führt.

Vor dem Schaufenster. Eine phantasievolle Leserin schildert uns folgende Szene:

Inmitten bunter Vögel, die in gitterne Bauer gesperrt sind, steht er, der kleine Affe, in einem geräumigen Käfig in einem Schaufenster. Ursprünglich war er einer menschlichen Modepuppe geschenkt worden, die ihn mit einem Anflug von Verzückung in Empfang nahm, nachher herausfand, daß er stank und ihn dieserhalb verkaufte. Jetzt sitzt er in dem Schaufenster und flöht sich.

Eins, zwei, drei ist er der Mittelpunkt allgemeiner Aufmerksamkeit. Ein Jüngling-Lebegreis betrachtet ihn angelegentlich und sein Gesicht bekommt genau solchen unverbindlichen Ausdruck, wie er ihn sonst dem Finanzamt oder einer Cuno-Rede gegenüber für gut befindet. Dann kommt die Dame mit dem Cape-Kleid. Sie gründet ihre Existenz auf Rechnung ihrer Verehrer und ist daher verpflichtet, sich auffällig zu kleiden. Laut wundert sie und spielt die Entzückte: „Ach Gottchen, nein, wie goldig, wie possierlich!" Aus Anteilnahme, die teils dem Affen, teils dem Dämchen gilt, stellt sich der Frauenkenner an, der, was seine Privatverhältnisse anbelangt, erst nach dem zweiten Schlaganfall heiratet. Immer mehr Zuschauer sammeln sich. Auch Menschen, die nur höher entwickelte hastende Arbeitstiere sind, reihen sich ein. Zusehends schwillt die Menge. Man vergißt seinen eigenen verärgerten Zustand, die belastete Zukunft, und guckt. Die Hintenstehenden sehen nichts, was die Sache nicht weniger interessant macht. Der sogenannte Verkehr macht einen regelrechten Bogen um den Menschenauflauf.

Da drängt sich ein Arbeiter ziemlich energisch vor. Er sieht den Affen an, dann die Menge, stemmt die Arme auf seine Hüften und meint sodann laut und vernehmlich: „Als ob et nu bloß den eenen Affen in Berlin jebe. Stellt euch doch vor'n Spiegel!"

Die hastenden menschlichen Arbeitstiere bemerken plötzlich ihren Zeitverlust, die Gemütlichen lachen in Selbstkritik und voller Selbstverspottung, nur das Zubehör von Berlin W ist empört. Man verspürt trotz alledem und alledem doch immer noch den Hauch der Revolution; wie könnten sich sonst die Arbeiter, diese, diese — Menschen, hier so breit machen! Und der Jüngling-Greis, die Dame mit dem Cape-Kleid und der Frauenkenner gucken demonstrativ den kleinen Affen an (der sich noch immer flöht), und bürgerliches Selbstbewußtsein, gute Umgangsformen usw. sind gerettet.

Sag, o Volk . . . !

Und du ackerst, und du säst,
Und du nietest und du nähst,
Und du hämmerst und du spinnst —
Sag, o Volk, was du gewinnst!

Wirkst am Webstuhl Tag und Nacht,
Schürfst im Erz- und Kohlenschacht,
Fällst des Ueberflusses Horn,
Füllst es hoch mit Wein und Korn.

Doch wo ist dein Mahl bereit?
Doch wo ist dein Feierkleid?
Doch wo ist dein warmer Herd?
Doch wo ist dein scharfes Schwert?

Alles ist dein Werk! o sprich,
Alles, aber nichts für dich! — — —

Weshalb wir diese Verse heute zitieren? Sie sind zwar schon sechzig Jahre alt, aber — beschämend zu sagen — noch immer „aktuell". Und besonders aktuell in diesen Tagen, da das deutsche Proletariat wieder einmal um den gerechten Entgelt seiner Arbeit kämpfen muß, da die Forderung wertbeständiger Löhne zur Diskussion steht. Mögen die, die es angeht, sich diese Verse des alten Herwegh statt des üblichen frommen Segensspruchs auf die erste Seite ihres Hauptbuches schreiben!

Weimarer Bauhauswoche. Infolge technischer Schwierigkeiten mußte die Eröffnung der Ausstellung des Staatlichen Bauhauses in Weimar auf den 15. August verschoben werden. Die Bauhauswoche mit Vorträgen, modernem Konzert, triadischem Ballett, mechanischem Kabarett usw. findet vom 15. bis 18. August einschließlich statt.

trennter Verhandlungen gibt, dann wird dies nur eine langsame Entwicklung sein. Die ministerielle Erklärung, die für Donnerstag bevorsteht, wird nur eine Art Vorwort bedeuten. Auf diese Weise kann jedermann die unabänderliche Initiative erkennen oder vielleicht voraussehen. Französischerseits ist es fast überflüssig, zu wiederholen, daß man die englische Erklärung ohne Erregung und ohne schlechte Laune abwartet.

Was auch immer kommen mag, die französische Regierung ist entschlossen, das Ruhrunternehmen zu einem guten Ende zu führen. Man hat sich gestern abend am Quai d'Orsay davon überzeugt, daß schließlich eine Verständigung zwischen Frankreich und England erzielt werden wird. In Belgien ist in diesem Augenblick eine gewisse Besorgnis festzustellen, die vor allem durch wirtschaftliche Erwägungen, so z. B. durch den Sturz des belgischen Franken, hervorgerufen ist. Außerdem kann man sich dort einer Bewegung zugunsten einer Annäherung an die englische Politik, die sich bei den verschiedenen Parteien, namentlich innerhalb der flamischen Rechten zeigt, nicht verschließen.

Englische Erklärung gegen Sabotage.

London, 10. Juli. (EE.) Der deutsche Botschafter Dr. Sthamer wurde gestern von Lord Curzon empfangen, der ihm angeblich zum Ausdruck brachte, daß auch die englische Regierung jegliche Form des aktiven Widerstandes im Ruhrgebiet mißbillige.

Päpstliche Intervention in Belgien.

Brüssel, 9. Juli. (WTB.) Wie die „Agence belge" von besonderer Seite erfährt, erfolgte heute der vom „Osservatore Romano" gestern angekündigte Schritt des päpstlichen Nuntius bei der belgischen Regierung. Ein früherer Zeitpunkt war infolge der Abwesenheit des Ministers des Aeußern nicht möglich. Der Heilige Vater habe durch seinen Vertreter in Brüssel der belgischen Regierung mitteilen lassen, daß er sehr wohl verstehe, daß die belgischen Behörden alle für die Sicherheit der Truppen notwendigen Maßnahmen ergriffen, er habe jedoch die Hoffnung ausgedrückt, daß es der belgischen Regierung nicht unmöglich sein würde, auf eine Beruhigung hinzuwirken und einen Beweis von Milde gegenüber der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu geben. Wie es scheint, hat Jaspar von dieser Intervention des Papstes seinen Ministerkollegen Mitteilung gemacht, aber es besteht wenig Wahrscheinlichkeit, daß hierüber eine Veröffentlichung erfolgen wird.

Inzwischen soll nach einem römischen Bericht der „Voss. Ztg." der Papst seine Aktion eingestellt haben, da er ihre Aussichtslosigkeit erkannt habe.

Deutsche Regierungserklärung gegen Sabotage.

Brüssel, 10. Juli. (EP.) Der Kabinettsrat vom Montagnachmittag hat sich mit dieser päpstlichen Demarche beschäftigt. Mit Bezug auf die Note der belgischen Regierung an die deutsche Regierung, worin die Mißbilligung der Attentate gegen die Ruhrbesetzung gefordert wurde, ist vom Außenminister ein Communiqué veröffentlicht worden, worin es heißt, daß die deutsche Regierung erklärt habe, sie werde alles in ihrer Macht Stehende aufwenden, um die Attentate zu verhindern. Die Führer der deutschen Verwaltung in den besetzten Gebieten seien angewiesen worden, durch Maueranschläge die Bevölkerung aufzufordern, sich jeder Gewalttätigkeit zu enthalten.

Ruhrsperre und Attentate.

Die Ruhrgebietsperre scheint tatsächlich nicht über ihre vierzehntägige Dauer hinaus verlängert werden zu sollen; die „Rhein.-Westf. Ztg." ist wegen einer Meldung über Verlängerung auf vier Tage verboten worden. In Duisburg ist die Verkehrssperre gemildert. Die systematische Ausraubung der Reichsbank und öffentlichen Kassen hat u. a. dazu geführt, daß die Städte Buer, Gladbeck usw. die zum 1. Juli fällig gewesenen Vierteljahresgehälter für die Beamten nicht auszahlen können.

Nach einem Havas-Bericht soll am Sonnabend in Duisburg ein belgischer Soldat durch drei Revolverschüsse in den Rücken von einem Deutschen, der entflohen sei, getötet worden. WTB. bezweifelt die Wahrheit dieser Meldung. — In Krefeld soll die belgische Besatzungsbehörde ein neues Komplott aufgedeckt haben. Es habe die Absicht bestanden, ein Eisenbahndepot durch die Explosion zweier Gasbehälter in die Luft zu sprengen. Der Anschlag sei durch zwei belgische Eisenbahner aufgedeckt, der Täter habe ermittelt und nach seinem Geständnis auch die übrigen Beteiligten verhaftet werden können. Wenn das nicht Lockspitzelei ist....!

Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth soll vom Papst in besonderer Audienz empfangen werden.

Die Regierung in Angora hat Ismet Pascha ermächtigt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Die Markkatastrophe.

Am Berliner Devisenmarkte gestalten sich die Verhältnisse von Tag zu Tag kritischer. Heute war das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage offenbar im Zusammenhange mit dem weiteren Sturz der Mark an den gestrigen Auslandsbörsen geradezu katastrophal. Bei der Festsetzung der öffentlichen Notierungen gab die Reichsbank eine Erklärung, wonach alle Firmen, die ihre letzten Auftraggeber auf Devisen nicht bei Erteilung der Kaufordres oder nicht wenigstens innerhalb weiterer 20 Minuten angeben könnten, keine Aussicht auf Berücksichtigung bei der Verteilung haben. Um 1 Uhr war von den wichtigeren Devisen nur Auszahlung London notiert und zwar mit 850 000. Aufträge bis 25 Pfund wurden voll beliefert. Auf die großen Ordres wurden nur 3 Proz. zugeteilt.

	10. Juli		9. Juli	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	72817.50	73182.50	70427.50	70776.50
1 argentinische Papier-Peso	63840.—	64116.—	62343.50	62656.50
1 belgischer Frank	9002.—	9048.—	8628.—	8672.—
1 norwegische Krone	30024.50	30175.50	29127.—	29273.—
1 dänische Krone	32118.50	32281.50	31421.—	31579.—
1 schwedische Krone	49077.—	49323.—	47381.—	47619.—
1 finnische Mark	—	—	4937.50	4962.50
1 japanischer Yen	—	—	87281.—	87719.—
1 italienische Lire	7930.—	7970.—	7581.—	7569.—
1 Pfund Sterling	847875.—	852125.—	817950.—	822050.—
1 Dollar	**186033.—**	**186967.—**	**179550.—**	**180450.—**
1 französischer Frank	—	—	10274.—	10326.—
1 brasilianischer Milreis . .	—	—	18453.—	18546.50
1 Schweizer Frank.	—	—	30727.—	30877.—
1 spanische Peseta	—	—	25436.—	25566.—
100 österr. Kronen (abgest.) .	—	—	261.84	263.16
1 tschechische Krone	—	—	5433.—	5464.—
1 ungarische Krone	—	—	20.44	20.50
1 bulgarische Lewa	—	—	1815.—	1825.—
1 jugoslawischer Dinar . . .	—	—	1925.—	1935.—

Schwarzweißrot im Zoo.

Als ich kürzlich den Zoologischen Garten besuchte, konzertierte dort eine Kapelle, die, der Uniform nach zu urteilen, der Reichswehr angehörte. Den Hauptteil ihres Programms bildeten altpreußische Militärmärsche, die von dem anwesenden, meist aus Kriegsgewinnlern und dem sogenannten „verbitterten Mittelstand" zusammengesetzten Berlin-W-Publikum aufs freudigste begrüßt wurden. Hierdurch erhoben, fühlte sich die Kapelle angeregt, das Flaggenlied (mit dem Refrain: „Ihr woll'n wir treu ergeben sein — der Flagge schwarz-weiß-rot!") anzustimmen, worauf die Begeisterung jener Zuhörerschar den Siedepunkt erreichte. Vereinzelte Protestrufe wurden durch ein schnodderiges „Gott sei Dank" jugendlicher Gymnasiasten und anderer verhinderter Offizierasspiranten übertönt. Wie man mir erzählt, handelt es sich hier nicht etwa um eine vereinzelte Entgleisung. Derartige Szenen sollen sich im Zoo angeblich tagtäglich wiederholen.

Das Nächstliegende für die große republikanisch gesinnte Masse wäre nun natürlich, künftig den Zoo zu meiden. (Denn darauf, aus Paritätsgründen außer dem Flaggenlied auch die Internationale zu spielen, wird sich eine Kapelle unserer heutigen Reichswehr natürlich nicht einlassen.) Aber man muß andererseits bedenken, daß der Zoo kein reines Privatunternehmen ist und daß er sich nur mit Hilfe staatlicher und städtischer Subventionen am Leben erhält. Soll nun der republikanische Berliner zwar mit seinen Steuern dazu beitragen, den Zoo vor dem Bankerott zu bewahren, trotzdem aber auf die Erholung und Belehrung, die das Institut zweifellos zu bieten hat, verzichten? Wäre es nicht gerechter, daß, wenn außer Erholung und Belehrung im Zoo durchaus auch noch Blechmusik geboten werden muß — was einige bestreiten —, deren Programm so neutral zu gestalten, daß es niemand als gewollte Provokation empfinden muß?

Jedenfalls werden die Republikaner Berlin, wenn das nächstemal wieder der Klingelbeutel für den Zoo in Bewegung gesetzt wird, ernstlich zu überlegen haben, ob die Erhaltung der kulturellen Werte, die der Zoo birgt, nicht etwa durch den Schaden aufgewogen wird, den die in ihm betriebene monarchistisch-militaristische Verhetzung anrichtet.

Volksparks, Bäder und Ferienspiele.

In den Sommerferien kann allen, die nicht verreisen, der Besuch des neu eröffneten städtischen Volksparks in der Jungfernheide dringend empfohlen werden. Der Park, der zwischen dem Tegeler Weg, dem Spandauer Schiffahrtskanal und Siemensstadt liegt, ist vom Bahnhof Jungfernheide aus in etwa 15 Minuten, von Siemensstadt aus in etwa 10 Minuten zu Fuß zu erreichen. Eintrittsgelder werden nur in der Badeanstalt erhoben. Die Badeanstalt ist von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet. Eintritt für Erwachsene 100 M., für Personen unter 14 Jahren 50 M., Dauerkarten 6000 M., für Personen unter 14 Jahren 3000 M., Schwimmunterricht 4000 M., für Personen unter 14 Jahren 2000 M., Garderobenabgabe 100 M., für Personen unter 14 Jahren 50 M. Badezelle 500 M., für Personen unter 14 Jahren 500 M., Kleiderschrank 200 M., für Personen unter 14 Jahren 200 M. Erhöhung der Preise steht bevor. — Die Inanspruchnahme der Neuköllner Ferienspiele in der Königsheide wird in diesem Jahre bedeutend stärker sein als im Vorjahre. Das herrliche Sommerwetter lockt unsere blassen, sonnendurstigen Großstadtkinder mit unwiderstehlicher Gewalt ins Freie. Zudem sind die Preise für Wochenkarten (2100 M. für das erste Kind und 1800 M. für das zweite Kind einer Familie) derart niedrig gehalten, daß es den Eltern unmöglich sein dürfte, für diesen niedrigen Betrag auch nur eine Mittagsmahlzeit für ein Kind herzustellen. Als Sammelplätze werden noch einmal genannt: Boddinplatz, Wartheſtraße Ecke Hermannstraße, Emser Straße Ecke Bergstraße und Hertzbergplatz. Die Kinder aus Britz versammeln sich am Buschkrug und werden von dort nach dem Spielplatz geführt. — Die Sammelplätze für die Kinder des Bezirks Friedrichshain, auf denen sie sich morgens um ½8 Uhr einfinden müssen, sind folgende: Für Spielplatz Hohenschönhausen die Schulen Hausburgstraße, Zellestr. 12, Pettenkoferstraße 30. Für den Spielplatz Wartenberg die Schulen Memeler Str. 24, Gr. Frankfurter Str. 23, Friedenstr. 31, Olivaer Straße 29, Straßmannstr. 6, Petersburger Str. 4. Für den Spielplatz Pferdebucht: Schule Goßlerstr. 61. Für den Spielplatz Wuhlheide die Schulen Lange Str. 76 und Markusstr. 49. Die Wahl der Spiel- und Sammelplätze steht den Schülern und Schülerinnen frei. Zerbrechliches Geschirr darf nicht mitgenommen werden.

Das Bezirksjugendamt Treptow hat durch Verhandlungen mit den Badeanstaltsbesitzern bzw. -Pächtern des Bezirkes besondere Vergünstigungen für Schulkinder und Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, die im Bezirk Treptow wohnen, erwirkt. Der Besuch der Badeanstalten ist für diese zum Teil gänzlich frei, zum Teil zu bedeutend ermäßigten Preisen gestattet. Auskunft erteilt das Bezirksjugendamt Treptow in Johannisthal, Königsplatz 1, Zimmer 22. Badeausweise stellen die Schulleiter bzw. Vorsitzenden der Ortsausschüsse für Jugendpflege und Leibesübungen oder das Bezirksjugendamt aus. Die Ausweise sind möglichst vom Antragsteller vorzubereiten.

Saison der Taschendiebe.

Die Arbeit der langfingerigen „Fachleute".

Ein weltbekannter Taschendieb, der schon als kleiner Junge seine Spezialistenlaufbahn begann, wurde gestern auf dem Bahnhof Gesundbrunnen auf frischer Tat ertappt und festgenommen, als er versuchte, einem Herrn beim Aussteigen die goldene Uhr zu stehlen. Es ist ein Fritz Z., der zuletzt in vielen deutschen Städten, besonders auch in Leipzig, mit Erfolg „gearbeitet" hat. Z., der jetzt 33 Jahre zählt, „erlernte" den Taschendiebstahl mit 11 Jahren unter Anleitung seiner Mutter im Kaufhaus Israel. Als Junge ging er dann nach Amerika. Auf dem Dampfer fand man damals bei ihm in die Weste eingenäht viele 1000-Mark-Scheine. Wann er nach Deutschland zurückgekehrt ist, steht noch nicht bestimmt fest. — Mehr Glück als Z. hatten in den letzten Tagen wieder andere Taschendiebe. So wurde einem Herrn aus Birmingham, der in einem großen Hotel wohnt, eine grüne Brieftasche mit einer Fahrkarte 1. Klasse auf weite Strecken Europas und einem Heft mit Cookschen Reiseschecks, Nr. 25 056/60 über 25 englische Pfund. — Auf dem Autobus Potsdamer Platz bis Lützowplatz büßte ein Fahrgast eine Brillantnadel im Werte von 20 Millionen ein. Sie enthält in Platinfassung einen großen und sechs kleine Steine und 20 Splitter. — Auf der Straßenbahnlinie 187 wurde einem Herrn die goldene Uhr mit dem Zeichen H. R. gestohlen; auf dem Bahnhof Gesundbrunnen einem Lokomotivführer eine besonders große silberne Uhr mit goldener Kette im Werte von 5 Millionen. Die Uhr trägt die Nummer 567 171. Bei den letzten Diebstählen traten wieder ein Mann und eine Frau, von denen schon wiederholt die Rede war in Aktion. Der Mann ist etwa 35 Jahre alt, 1,60 Meter groß, hager und blond und geht grau gekleidet. Die Frau ist etwa 25 bis 28 Jahre alt, hat dunkles Haar und trägt einen grauen Mantel.

Die preistreibende Butternotierung.

Vor kurzem fand eine Tagung von Vertretern der Preisprüfungsstellen Berlin, Potsdam und Frankfurt an der Oder statt, an welcher auch Vertreter des Landespolizeiamtes und der Landwirtschaftskammer, der Markthallendirektion sowie Vertreter der Berliner Bezirkspreisprüfungsstellen teilnahmen. Besprochen wurden vor allem die Mißstände auf dem Gebiete des Lebensmittel-, insbesondere des Butterhandels. In diesem folgt neuerdings die Preisnotierung nicht wie früher ausschließlich der Entwicklung des Marktes, sondern wird selbständig nach anderen Grundsätzen, namentlich nach dem Stande der Markentwertung bestimmt. Die beteiligten Handelskreise verlangen nunmehr freibleibend und bestimmen als endgültigen Preis den, welchen die demnächst stattfindende Butternotierungskommission festgesetzt. Dieses System wurde allerseits als preistreibend gebrandmarkt und die schärfsten Maßnahmen hiergegen empfohlen. Das Ergebnis der Tagung war die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft, in der die mannigfachen gemeinsamen Fragen nunmehr für sämtliche Stellen einheitlich entschieden werden sollen.

Die Vorgänge in Nowawes.

Heute vormittag Ruhe.

Die Lage in Nowawes hat sich in den Abendstunden des gestrigen Montags so zugespitzt, daß in einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter der Polizei, der Gewerkschaften, des Handels und Gewerbe, sowie der Preisprüfungsstelle die Gewerkschaftsführer offen erklärten, daß sie für den heutigen Dienstag kaum für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung garantieren könnten, da von kommunistischer Seite mit allen Mitteln für die Aufpeitschung der Massen gesorgt wird. Wie dies in ähnlichen Fällen bisher fast immer der Fall war, sollten nun auch die Erwerbslosen mobil gemacht werden. Für heute früh 7 Uhr war ein Demonstrationszug der Erwerbslosen zum Rathaus Nowawes vorgesehen, wo Forderungen, wie unentgeltliche Abgabe von Lebensmitteln und Auszahlung größerer Geldbeträge aufgestellt und im Anschluß daran nach der zu erwartenden Ablehnung die Arbeiterschaft aus den Betrieben geholt werden sollte. Es bildeten sich zwar heute früh in den Straßen von Nowawes größere Gruppen von Erwerbslosen, doch war von einer Demonstration bis in die Vormittagsstunden noch nichts zu merken. Ueber die gestrigen Unruhen ist noch zu berichten, daß zahlreiche Geschäftsleute, die durch die drohende Haltung der Menge eingeschüchtert worden waren, ihre Waren weit unter dem Preis, zum Teil unentgeltlich abgegeben haben. Ein Schuhmachermeister verkaufte Stiefel das Paar zu 10 000 M., deren Selbstkostenpreis allein 100 000 M. betrug, ein Bäcker gab unentgeltlich Brot ab, andere Lebensmittelgeschäfte verteilten Käse an die Demonstranten und verkauften ihre Butter weit unter dem Tagespreis. Auf Grund der gestrigen Besprechungen sind für die verschiedene Branchen heute fünf Preisprüfungskommissionen in Nowawes gebildet worden, bestehend aus Vertretern der Polizei, der Gewerkschaften sowie der Händler, die von Geschäft zu Geschäft gehen und die Preise auf ihre Berechtigung nachprüfen. Gleichzeitig sollen diese Kommissionen unter der Bevölkerung aufklärend wirken.

Die „Uhrenveredelungsstelle".

Eine „Uhrenveredelungsstelle" hatte der aus Warschau stammende Uhrmacher Chain Bergblau im dritten Hof des Grundstücks Friedrichstr. 152a eröffnet. Sein Geschäft bestand darin, daß er Taschenuhren in der Weise „veredelte", daß er, wenn sich in diesem unechte Deckel befanden, sie durch echte ersetzte. Die Kriminalpolizei hatte aus bestimmten Gründen Veranlassung, sich das Geschäft des Herrn Bergblau genauer anzusehen. Dabei fand sie eine ganze Anzahl Herren- und Damenuhren und etwa 200 Werke ohne Gehäuse. Schon dieser Fund ließ darauf schließen, daß es sich um gestohlene Sachen handle. Während die Beamten noch mit der Durchsuchung beschäftigt waren, klopfte es an der Tür, und vor ihnen stand ein ihnen bekannter Josef Grünspahn aus der Grunewaldstraße. Dieser Grünspahn steht in dem dringenden Verdacht, der gewerbsmäßige Hehler der Taschendiebe zu sein. In seinem Besitz wurden auch außer einer großen Summe Geldes noch 10 Uhren gefunden, die zweifellos gestohlen worden sind. Die bei ihm und in der Veredelungsanstalt beschlagnahmten Uhren und anderen Goldsachen sind bei dem Taschendiebstahlsdezernat sichergestellt worden, um die Eigentümer zu ermitteln und ihnen ihr gestohlenes Gut wieder zustellen zu können.

Sind Jalousien Luxus?

Zu unserer Notiz in der gestrigen Morgenausgabe teilt uns der Mieterverband (Gau Berlin) mit, daß der einzelne Mieter keineswegs verpflichtet ist, die Kosten derjenigen Reparaturen selbst zu tragen, die die Schlichtungsstelle nicht für notwendig erklärt. Vielmehr kann der Mieter alsdann die Ausführung solcher Arbeiten auf Kosten des Vermieters beim Gericht erzwingen. Der Vermieter muß die von der Schlichtungsstelle nicht für notwendig erklärten laufenden Instandsetzungsarbeiten auf seine Kosten auch dann ausführen lassen, wenn der Instandsetzungszuschlag nicht ausreicht. Vielleicht bringt die in Aussicht stehende neue preußische Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz hier eine Verbesserung insofern, als sie die enge Auslegung des Begriffs „notwendige" Arbeiten und damit den Aufgabenkreis der Schlichtungsstellen erweitert.

Neue Sicherheitsanlagen auf dem Lehrter Bahnhof.

Infolge des vor einigen Wochen auf dem Lehrter Hauptbahnhofe stattgefundenen Betriebsunfalles, bei dem Sicherungsanlagen in erheblichem Umfange zerstört wurden, mußten verschiedene, dem Berufsverkehr dienende Vorortzüge zwischen dem Lehrter Bahnhof und der Putlitzstraße bzw. der Jungfernheide ausfallen. Die Arbeiten an den Sicherungsanlagen sind soweit fortgeschritten, daß vom Dienstag, den 10. d. M., ab die Fahrplanbeschränkungen im Vorortverkehr aufgehoben werden.

Marken zu 10 000 Mk. werden jetzt hergestellt. Es sind dies Landesstempelmarken. Die Werte bis zu 25 Mk. werden nicht mehr hergestellt. Bestehen bleiben die zu 10, 20, 50 100, 200, 300, 400 und 500 Mk. Dazu kommen solche über 30, 40, 1000, 3000, 5000 und 10 000 Mk. Die Marken werden künftig sämtlich in zweifarbigem Buchdruck und in ähnlicher Ausführung hergestellt werden wie jetzt die Marken zu 2½ bis 5 Mk.

Ein betrogener Betrüger wurde kürzlich im „Steinkeller" bei einem verdächtigen Handel ertappt und festgenommen. Kriminalbeamte einer Streife beobachteten in dem berüchtigten Lokal, wie ein ihnen schon bekannter mehrfach bestrafter Kokaine eine anscheinend kostbare Kette, die er für eine Platinkette ausgab, für viele Millionen zum Kauf anbot. Sie nahmen ihn fest und ermittelten, daß er die Kette von einem ihm angeblich unbekannten Manne im „Augustkeller" für 3½ Millionen gekauft hatte, wie er sagt in dem guten Glauben, eine Platinkette erworben zu haben. Wirklichkeit war die Kette unecht und so gut wie wertlos.

Arbeitersänger bei den Kranken. Eine angenehme Ueberraschung wurde den Insassen des Krankenhauses Gitschiner Straße geboten. Dies nur von kranken und alten Frauen belegte Krankenhaus (Abt. Urban) empfing den Besuch des Männerchors „Solidarität", der sich mit dem Chor „Hallesches Tor" verschmolzen hat. Zirka 1 Stunde konzertierte der Verein, der mit seinen Darbietungen die größte Freude und Anerkennung fand. Die Arbeitersänger haben die Absicht, weiter derartige Konzerte in Kranken- und Siechenhäusern zu veranstalten. Der Chor übt unter Leitung des Chormeisters Thilo jeden Freitag abend 7 bis 9 im Schulmuseum Stallschreiber Straße (Moritzplatz).

Ein Helferkursus der Berliner Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde fand am 7. und 8. Juli unter Leitung der Gen. Hodann und Irma Epstein in der Walderholungsstätte im Tegeler Forst statt. Die Arbeit wurde am Sonnabendabend durch eine Aussprache über Sozialismus und Erziehung eingeleitet. Am Sonntagmorgen leitete Genosse Herbst von der Hochschule für Leibesübungen turnerische und sportliche Uebungen. Am Nachmittag sprach Genosse Schmidt vom Arbeiterabstinentenbund über Alkoholfrage und Kinderfreundearbeit. Eine Vorlesung aus Toller's „Deutscher Revolution" und der Gesang der Internationale beschloß die Veranstaltung.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und größtenteils heiter, am Tage sehr warm, bei mäßigen östlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Bolschewistische Einheitsfront.

Am 25. Juni war das Exekutivkomitee der Roten Internationale zu einer Vollsitzung nach Moskau einberufen worden. Nachdem die Tagesordnung bereits seit Wochen festgelegt worden war, hat das Bureau dieser Exekutive sich veranlaßt gesehen, einen neuen Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen, und zwar „die Frage über die Form für die Organisation der Opposition innerhalb der Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale“. Die Moskauer „Prawda“ (Nr. 129 vom 13. Juni) bemerkt dazu folgendes:

„Die Stellung dieser Frage ist dadurch hervorgerufen worden, daß seit dem zweiten Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale die Erfahrungen der auf seiten der Roten Internationale stehenden Minderheiten den ungenügenden Organisationsstand der revolutionären Opposition offenbart haben.

Aus Anlaß der Berliner Transportarbeiterkonferenz wird gegenwärtig in ganz Rußland der „Zusammenbruch“ der Amsterdamer Internationale und der „Verrat der reformistischen Führer“, die das Werk der Konferenz hintertreiben, laut verkündet. Herr Losowsky überschreibt ein Kapitel seiner der Konferenz gewidmeten Schrift, „Prawda“ vom 1. und 2. Juni: „Der Zusammenbruch der Amsterdamer Internationale“.

Das Referat über die Gewerkschaftsfrage hielt Losowsky, während Walcher, Deutschland, über die „Gewerkschaftsarbeit“ der Kommunisten in Deutschland sprach. Nach dem Bericht in der Berliner „Roten Fahne“ vom 29. Juni wiederholte Losowsky die bekannten Angriffe gegen die Gewerkschaften der Amsterdamer Richtung. Die Ruhrbesetzung habe die „Unfähigkeit und Zwiespältigkeit“ der Leiter der reformistischen Internationale bloßgestellt. Deshalb bildete sich, ohne daß es ihre Leiter bemerkt hätten, im Rahmen der Amsterdamer Internationale eine „einflußreiche Linke“. Die mit der Abhaltung der Transportarbeiterkonferenz begonnene Aktion müsse auch hinsichtlich der anderen internationalen Berufsorganisationen angewandt und weitergeführt werden. Die Amsterdamer Internationale habe in einer äußerst elastischen Resolution erklärt, durch die Berliner Abmachungen nicht gebunden zu sein. Sie „fürchtete“ sich, ihre Linke anzugreifen. Losowsky schloß sein Referat mit folgenden Worten: „Die Aussichten auf Eroberung der Gewerkschaften sind glänzend. Der Zusammenbruch der reformistischen Internationale führt dazu, daß die gesamte internationale Arbeiterbewegung der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschafts-Internationale zustrebt. Es werden nicht mehr als einige Jahre vergehen, und die Reformisten werden aus ihren letzten Stellungen hinausgeworfen sein.“

Die von der gegenwärtigen konservativen englischen Regierung aus politischen und Prestigegründen ausgeübte Pression auf die Sowjetregierung hat das von vornherein erwartete Ergebnis gezeitigt: Sowjetrußland hat in allen Punkten nachgegeben und sogar die in herausforderndem Tone geschriebenen Noten an England auf Verlangen des Lord Curzon in aller Form zurückgenommen. Die Sowjetregierung hat es aber meisterhaft verstanden, eine ungeheure Propaganda zu entfalten und die Kriegsgefahr an die Wand zu malen. Auf diese Zusammenhänge ist auch das Zustandekommen der internationalen Transportarbeiterkonferenz im wesentlichen zurückzuführen.

Welche Folgerungen aber die Gegenseite aus dieser um die Erhaltung des Friedens besorgten und im besten Sinne sowjetfreundlichen Haltung der ITF. zieht, haben wir oben gesehen. Für sie gilt es, den Fall politisch auszunutzen, um zu zeigen, daß sich alles in der Welt ihr fügt und vor ihr kapituliert. Von Arbeiterinteressen hört man nichts, die Hauptsache ist, daß die Amsterdamer Internationale „zusammengebrochen“ ist, daß ganz Europa zu den Fahnen der Roten Internationale eilt und daß „unser“ Sieg bald errungen sein wird.

„Zum abgebrochenen Streik der Berliner Holzarbeiter.“

Man schreibt uns:

In der Sonntagnummer vom 8. Juli bringt die „Rote Fahne“ unter obiger Ueberschrift eine Notiz, die geeignet erscheint, den Artikelschreiber im Lager der Arbeitgeber zu suchen. Die Kampfführung der Amsterdamer sei schuld an dem mageren Ergebnis des Streiks und die Bittgänge und Verhandlungen der Gewerkschaftsführer seien frivole Handlungen. Die „unfähige Gewerkschaftsbureaukratie“ verhindere kombinierte Kampfesführung. In Zukunft soll ein Kampf erfolgversprechender angefangen werden.

Diese Thraden sind nur ein kleiner Auszug aus der zitierten Notiz. Wie jedoch die Berliner Holzarbeiter darüber denken, dürfte dem Gewährsmann der „Roten Fahne“ durch die letzte Streikversammlung bekannt sein.

Wie sehen die Dinge aus? Der Kampf ist unter der Parole: „Alle Betriebe, die nicht bewilligen, müssen streiken“ geführt worden. An den Verhandlungen und Bittgängen der Amsterdamer haben auch die Moskauer Strategen teilgenommen — haben letztere etwa die Münzstraße übergangen und keine Genehmigung gehabt? Wir sind mit der „Roten Fahne“ darin einig, daß in Zukunft ein Kampf erfolgversprechender angefangen werden muß, daß aber auch das Kampfziel nicht aus dem Auge gelassen werden darf.

Wenn der Kampf im Holzgewerbe nicht das gewünschte Ergebnis brachte, so ist nur die phraseologische Einstellung derer, die hinter dem Gewährsmann der „Roten Fahne“ stehen, daran schuld. Die Berliner Holzarbeiter haben zur Genüge ihre Kampfkraft bewiesen. Sie werden auch in Zukunft dem hartgesottenen Unternehmertum gegenüber ihren Mann stehen. Aber sie werden es ablehnen, politischen Phraseuren Gefolgschaft zu leisten, die an jedem Streik ihr Parteisüppchen zu kochen versuchen.

Die Sorge um die von den Holzindustriellen beabsichtigten Maßregelungen wird der Holzarbeiterverband der „Roten Fahne“ gern abnehmen und seinen Mitgliedern den notwendigen Schutz verleihen.

Daß als Erfolg des Kampfes der Holzarbeiter der KPD. die politische Macht nicht in den Schoß gefallen ist, mag für sie schmerzlich sein. Daß aber die Lohnforderungen nicht voll erfüllt wurden, ist denen zu danken, die den Lohnkampf zum Tummelplatz parteipolitischer Treibereien machen.

Die Solidarität der Holzarbeiter ist im übrigen den Kampfgruppen gewiß. Sie kämpfen gleichfalls um die Verbesserung ihrer Lage. Sie kämpfen mit der gesamten deutschen Arbeiterschaft direkt und indirekt um den Wertbestand des Lohnes. Ueber kurz oder lang wird es sich zeigen, ob das Arbeitgebertum in seiner Gesamtheit sich weiter gegen diese notgedrungene Forderung ablehnend verhält, ob die Reichsregierung sich dem Machtwillen des Kapitals weiter beugt oder ob sie mit fester Hand in die Katastrophe eingreift. Die Arbeiterschaft und mit ihr die Berliner Holzarbeiter werden dann keinen Kampf um 50 oder 100 Prozent Lohnerhöhung führen, sondern der Goldrechnung der Produkte die Goldrechnung der Löhne gegenüberstellen.

Versammlung der Berliner Brauereiarbeiter.

Die in den Brauereien vertretenen Arbeitnehmerorganisationen hatten zu Sonntag eine Versammlung im Saalbau Friedrichshain einberufen. Auf der Tagesordnung stand: „Berichterstattung über den Stand der Manteltarifverhandlungen“. Auf Antrag der Mitglieder der Kommunistischen Partei wurde die Tagesordnung umgestellt und beschlossen, einen Vortrag halten zu lassen mit dem Thema: „Wie kommen wir aus dem Elend der wirtschaftlichen Lage heraus?“

Nachdem die Versammlungsleitung erklärte, auf einen derartigen Vortrag nicht vorbereitet zu sein und ihn darum nicht halten zu können, wurde erklärt, einen Referenten eigens zu diesem Zweck mitgebracht zu haben. Das Referat verlief im allgemeinen in den bekannten kommunistischen Phrasen. Eine eingebrachte Entschließung, die zum allgemeinen Kampf auffordert, war das Endergebnis des gehaltenen Vortrages.

Dann wurde folgender, von Braun eingebrachter Antrag nach kurzer Debatte einstimmig angenommen:

„Die am Sonntag, den 8. Juli 1923, stattfindende Vollversammlung der in den Brauereien Groß-Berlins beschäftigten Brauereiarbeiter spricht den streikenden Metallarbeitern in ihrem Kampf zur Erringung von Friedensreallöhnen ihre volle Sympathie aus.

Sie verpflichten sich ferner, dieselben während der Dauer des Kampfes moralisch wie finanziell zu unterstützen.

Sollte bis zum Freitag, den 13. Juli, der Streik nicht beendet sein, verpflichten sich die freigewerkschaftlichen Brauereiarbeiter, von diesem Tage ab und die folgenden Wochen pro Mitglied wöchentlich 4000 M. an die Streikenden abzuführen. Um eine Einheitlichkeit in der Sammlung der Gelder zu erzielen, beauftragen die versammelten Mitglieder der verschiedensten in der Brauerei in Frage kommenden Organisationen den Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter als Spitzenorganisation zu diesem Zweck Marken à 4000 M. herauszugeben.

Die eingehenden Gelder sind an den Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission abzuliefern, von wo aus diese Gelder, der Kopfzahl der Streikenden der verschiedensten freigewerkschaftlichen Organisationen entsprechend, an die am Streik beteiligten Gewerkschaften abzuführen sind.“

Danach wurde dem Vorschlag des Vorsitzenden zugestimmt, die Manteltariffrage zu vertagen.

Nachschrift der Redaktion: Es ist geradezu unglaublich, wie Unberufene sich in den Kampf der Metallarbeiter einmischen und ihnen Kampfziele diktieren, die die Metallarbeiter selbst gar nicht aufgestellt haben. Wollten die Metallarbeiter sich derart in einen Kampf der Brauereiarbeiter einmischen, dann würden sich diese eine derartige Einmischung wohl mit Recht verbitten. Und was das in Aussicht gestellte Opfer anbetrifft, so beträgt es noch nicht einmal einen halben Stundenlohn — gar nicht zu reden von den famosen Friedensreallöhnen, die die „Rote Fahne“ propagiert, nachdem sie sie selbst als Schwindel erklärt hat.

Deutscher Baugewerksbund. Achtung. Bezirksstreikleitung! Morgen früh 8 Uhr Abholen von Material und Informationen im Verbandsbureau, Engelufer.

Die Aussperrung der Bauarbeiter in der Tschechoslowakei. Die tschechoslowakischen Bauunternehmer haben die gesamte Arbeiterschaft ausgesperrt, weil ein Teil der Arbeiterschaft wegen Forderung einer Lohnerhöhung eine Woche lang gestreikt hat.

Wirtschaft

Der deutsche Außenhandel im Mai 1923.

Seit dem Einbruch in das Ruhrgebiet und der darauf folgenden Politik der Abschnürung von Ruhr und Rhein vom deutschen Wirtschaftsgebiet, insbesondere also seit der Besetzung der Zollstellen im Ruhrgebiet und im Rheinlande und der Vertreibung der Beamten ist die Außenhandelsstatistik lückenhaft geworden. Die nachstehenden Zahlen müssen deshalb mit dem hierdurch bedingten Vorbehalte aufgenommen werden. Danach betrug (in 1000 Doppelzentner) die

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Mai	April	Mai	April
Gesamt	40 131	68 961	9 299	10 288
darunter:				
Lebensmittel und Getränke	2 669	3 309	961	1 001
Rohstoffe und halbfertige Waren	36 803	59 508	5 254	6 000
Fertige Waren	1 122	1 085	3 088	3 287

Vergleiche mit früheren Monaten und dem Vorjahre lassen sich ebenfalls nur mit dem oben erwähnten Vorbehalte anstellen. Im Vordergrunde steht immer noch die Einfuhr an Steinkohle. Wenn diese sich auch gegenüber dem Vormonat von über 45 Millionen Doppelzentner auf annähernd 25 Millionen Doppelzentner vermindert hat, so ist sie doch immer noch auf das Zweieinhalbfache der Monatsdurchschnittseinfuhr des Vorjahres in Höhe von 10½ Millionen Doppelzentner gestiegen. Die Einfuhr von Koks, die gleichfalls gegenüber dem Vormonat etwas nachgelassen hat (ungefähr 1 Million Doppelzentner gegenüber mehr als 1,3 Millionen Doppelzentner), beträgt noch immer etwa das Vierfache des Monatsdurchschnitts von 1922. Auf der anderen Seite steht eine ganz außerordentliche Verringerung der Einfuhr von Eisenerz. Nach den hierher gelangten Zahlen ist sie gegenüber dem Vormonat von 1,2 Millionen Doppelzentner auf 0,3 Millionen Doppelzentner gesunken, d. h. sie betrug noch weniger als 9 Proz. der Monatsdurchschnittseinfuhr des Vorjahres.

Zugleich ist die Ausfuhr von Eisenerzeugnissen aller Art, Walzwerkerzeugnissen sowohl, wie Maschinen und Eisenwaren auf mehr als die Hälfte zurückgegangen, die Ausfuhr von Eisenschrott dagegen auf über das Doppelte gestiegen. Weiter ist die Ausfuhr von Steinkohle und der hochwertigen Fertigerzeugnisse der chemischen Industrie stark gesunken, diejenige von Garnen und Geweben bei gleichzeitiger Verminderung der Einfuhr von Spinnrohstoffen gestiegen.

Auch im ganzen weist die Ausfuhr mengengemäß gegenüber derjenigen des Monatsdurchschnitts von 1922 einen Rückgang auf, während die Einfuhr, die der Menge nach viel stärker, nämlich um mehr als ein Drittel zurückging, sich dem monatlichen Durchschnitt des Vorjahres annähert.

Die starke Belastung der Reichsbank am Halbjahrestermin wurde bereits in unserem gestrigen Börsenbericht kurz erwähnt. Der gesamte Notenumlauf schwoll um 4,2 auf 17,3 Billionen Mark an, und zwar hauptsächlich als Folge des gewaltigen staatlichen Finanzbedarfs. Stieg doch der Betrag der diskontierten Reichsschatzanweisungen bei der Reichsbank in der letzten Juniwoche um 5,4 auf 18,3 Billionen Mark. Auch die privaten Kreditansprüche waren erheblich, was aus einer Zunahme des Bestandes an Handelswechseln um 1 Billion auf 6,9 Billionen Mark erkenntlich wird. Nach der weiteren Verpfändung von 40 Millionen Mark Gold gegen Devisenkredite besaß die Reichsbank noch rund 717 Millionen Mark Gold, wovon 140 Millionen im Ausland, 576,8 in den eigenen Tresors liegen.

Die Arbeitslage in der Metallindustrie in der Woche vom 17. bis 23. Juni 1923 gestaltete sich nach den Erhebungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes folgendermaßen: Von den erfaßten Arbeitern waren 1 503 765 = 84,1 Proz. (in der Vorwoche 83,4 Proz.) Vollarbeiter, 207 717 = 11,6 Proz. (12,4 Proz.) Kurzarbeiter und 77 534 = 4,3 Proz. (4,2 Proz.) Arbeitslose. Die Dauer der Kurzarbeit verteilt sich auf die davon betroffenen Arbeiter wie folgt:

is 8 Std.	22,5 Proz.	(22,1 Proz.)	17—24 Std.	28,4 Proz.	(34,8 Proz.)
—16 „	25,8 „	(22,6 „)	25 u. mehr „	23,8 „	(20,2 „)

Die Lage hat sich in fast allen Bezirken um ein geringes gebessert oder ist gleich geblieben. Nur der Bezirk Köln zeigt eine verhältnismäßig große Verschlechterung; die Zahl der Vollarbeiter sank dort von 60,6 Proz. auf 41,4 Proz. Die Eingriffe der Franzosen wirken sich anscheinend in dem von Engländern besetzten Gebiet allmählich indirekt stärker aus.

200 000 M. Geschäftsanteil. Die Konsumvereine müssen der immerwährenden Geldentwertung mit der Erhöhung der Geschäftsanteile folgen. Täten sie es nicht, so ginge die konsumgenossenschaftliche Selbsthilfe der Verbraucher unter. Die Folge davon aber wäre die völlig grenzenlose Willkür der Kartelle, Ringe und sonstigen kapitalistischen Erzeuger- und Händlervereinigungen. Um das zu verhüten, beschließen die General- und Vertreterversammlungen der Konsumvereine zu wiederholten Malen die Heraufsetzung der Mitgliedergeschäftsanteile. Darin ist Worms bisher mit 200 000 M. Anteil an der Spitze. Es folgt Ulm mit 120 000 M. und eine bereits größere Anzahl Konsumvereine mit 100 000 M. Neuerdings tritt schon die Frage der wertbeständigen Geschäftsanteile in den Vordergrund der Erörterung.

Gleitpreise. Der Verein der Textildetaillisten Groß-Berlins teilt mit: Während Industrie und Großhandel auf der Basis der Devisen verkaufen und sich so den täglichen Marktpreisen anpassen, hat der Textileinzelhandel bisher fast stets unter dem Marktpreis verkauft und sich zu festen Papiermarkpreisen ausverkauft. Die schnell fortschreitende Geldentwertung hat dabei für den Textileinzelhandel so verheerende Wirkungen gezeitigt, daß er nicht mehr in der Lage ist, auf längere Zeit feste Preise zu machen. Da aus rechtlichen und nationalwirtschaftlichen Gründen in Papiermark verkauft werden muß, ist von allen Verbänden des Textileinzelhandels beschlossen worden, den Verkauf nach einer Wertmeßziffer vorzunehmen. Die Preise werden von jedem Einzelhändler unter eigener Verantwortung festgesetzt, während die Wertmeßziffer von den Verbänden festgesetzt wird. Der endgültige Preis wird durch Multiplikation von Grundpreis und jeweiliger Wertmeßziffer errechnet. Die Wertmeßziffer wird jeweils in der Tagespresse bekanntgegeben werden. — Wann kommt die „Wertmeßziffer“ für die Arbeitskraft?

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 10. Juli:

3. **Kreis Wedding.** Freie Schulgemeindevertreter der weltlichen Schulen: 7 Uhr Sitzung bei Sauermann, Sparrstr. 9.

13. **Abt.** 8 Uhr. Funktionärkonferenz bei Liebsch, Wilhelmshavener Str. 46.

Morgen, Mittwoch, den 11. Juli:

70. **Abt. Wilmersdorf.** 8 Uhr bei Pieper, Holsteinische Straße 60: Abteilungsversammlung. Thema: „Marx und sein Leben“. Referentin: Fräulein Dr. Ruth Weiland. — Die Funktionäre und Vorstandsmitglieder erscheinen eine Stunde früher.

21. **Abt.** 7½ Uhr. Zahlabend in den bekannten Lokalen.

73. **Abt. Schmargendorf.** 8½ Uhr. Lehrerzimmer der Gemeindeschule Friedrichshaller Straße: Mitgliederversammlung. Die Funktionäre versammeln sich 6¾ Uhr zu einer wichtigen Besprechung ebenda.

107. **Abt. Alt-Glienicke.** 7½ Uhr. Mitgliederversammlung bei Haberecht, Friedrichstraße. Vortrag des Genossen Dr. Papendiek: „Der Kampf um den Boden“.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Victor Schiff, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Feuilleton: Dr. John Schikowski, Charlottenburg; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt, Berlin-Wilmersdorf; Anzeigen: Th. Glocke, Berlin.

Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Zwei feste Preise!
Zähne 8000 u. 10000 M. Friedenskautschukplatte einbegriffen.
Teilzahlung gestattet. Weitgehende 3 Jahre schriftliche Garantie.
Kronen (Brückenzähne ohne Gaumenplatte) v. 15000 M. Goldarbeiten billiger.
Persönl. fachmännische Mundantersuchung u. Kostenanschlag gratis.
Ueber 20 000 Gebisse zur vollen Zufriedenheit geliefert.
Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung gratis.
Ha[illegible], Danziger Str. 1 (Hochbahn Danziger Str.) Ecke Schönhauser Allee.
Außerdem 10 Prozent Extra-Rabatt

Zeitungspapier gebünd. kg 1300. Haus- Wein- lumpen flaschen hohe Preise Neukölln Weserstr. 176 Fernspr.: Neuk. 281.

Hosen! kaufen Sie trotz des hohen Dollarstandes für jedermann in modernen Stoffarten, in allen Längen und Weiten sehr billig! München-Gladbach Hosen-Zentrale NW, Calvinstr. 34 Ecke Alt-Moabit, nahe Kriminalgericht. Fahrgeldvergütung!

Restehandlg. Haarpuder Goltzstr. 2 a. d. Grunewaldstraße Herren- u. Damenstoffe, Seiden, Samt, sämtliche Futterartikel bedeutend unter Preis

Ankaufs-Abteilung MAX BUSSE Gegründet 1878
Brunnenstraße 18 • An der Invalidenstraße
Ankauf und Verwertung von Brillanten Gold-, Silber-, Platinbruch

Reste-Haus C. Pelz Kottbuser Str. 5 Anzugstoffe Kostümstoffe Mantelstoffe Kleiderstoffe Seidenstoffe Mäntel, Kostüme Röcke 2% Rabatt!

Die Abtreibung der Leibesfrucht von Universitäts-Professoren A. Grotjahn und G. Radbruch. Wichtig für Eheleute, Aerzte und Hebammen. Preis-Grundzahl M. 0,10 Buchhandlung Vorwärts Berlin SW, Lindenstr. 3

Preiswertes Angebot! Engl. Leder- Manchester- Arbeits- Gestreifte Hosen Knaben-Stoff- u. Wasch-Anzüge auch einzelne Knaben-Hosen München-Gladb. Hosen-Zentrale NW. 87, Beusselstr. 39, Blauer Laden, am Ringbahnhof Beusselstr. Fahrgeldvergütung

Brillanten Platin, Gold- und Silber-Gegenstände schätzen wir kostenlos u. zahlen den höchsten Kurs. GOLD-HODAM Fachmänn. reelle, christliches Unternehmen Nur Linkstr. 46 Eckhaus Potsd. Str. am Potsdam. Platz

Zahngebisse auch einzelne Zähne, pro Zahn 26 000, 30 000, 40 000 bis 350 000. Pro Gebiß zahle bis 3 500 000. Bei Ankauf Fahrgeldvergüt. M. 1500.— Juwelen-Einkaufsstelle M. Stigin, Friedrichstraße 24

TRAURINGE in jed. Größe u. Qualität, stets vorrät., nur bill. Preisberechn. M. Dinse, Juwelier Lichtenberg, Frankf. Allee 202 Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichsf. Teleph. Lichtenberg 3322

Alte Gebisse auch zerbrochene pro Zahn 25 000 bis 300 000 Mark Gold-, Dublee-, Silberbruch kauft zum Tageskurs Zahn-Ankaufsstelle B. Zymelski, Weißenburger Str. 37 Legitimation erforderlich.